

Die staatliche Regulierung gewinnt weiter an Bedeutung

Der Index staatlicher Regulierung - GRI stellt die Einflussnahme von Regierungen, die Funktionsfähigkeit der Justiz und die Pressefreiheit in einen Zusammenhang. Die WGZF ermittelt den Index einmal jährlich. Dabei zeigen die großen Volkswirtschaften in den letzten Jahren eine eindeutige Entwicklung, so auch Deutschland. Unternehmen müssen sich in ihrem strategischen Handeln darauf einstellen und der Bedeutung staatlicher Regulierung Rechnung tragen.

Betrachtet man die einzelnen Länder verteilt über die fünf Kontinente, ergeben sich eine ganze Bandbreite von Regierungsformen. Eine Klassifizierung in Demokratie, Autokratie oder Diktatur reicht zur Beschreibung nicht aus. Dazu gibt es zu viele Zwischentöne. Vordergründig bezeichnen sich auch viel totalitäre Regime als Demokratie. Die Selbstbestimmung der Bevölkerung ist mit der Bezeichnung noch nicht gegeben. Genau genommen gleicht keine Regierungsform hinsichtlich des freiheitlich-demokratischen Verständnisses einer anderen.

Zur Typisierung hat die WGZF einen Index aufgelegt, der die Intensität der staatlichen Regulierung in einem Land misst. Ausschlaggebend ist dafür nicht alleine die Stärke des staatlichen Einflusses auf den Alltag der Bevölkerung, sondern auch die Unabhängigkeit der Justiz und die Pressefreiheit. Wenn es in einem Land wenig formale Regulierungen gibt, dafür aber die Regierung Einfluss auf die Judikative nimmt, bildet dies der Index entsprechend ab. Ein gleiches gilt für die Pressefreiheit. Es gibt zahlreiche Beispiele, in denen über journalistische Kommunikationswege Einfluss auf die Gesellschaftsordnung genommen wurde. Daher sind alle drei Faktoren für eine Bewertung eines Landes notwendig.

Der Government Regulation Index (GRI) der WGZF bildet für jede Nation einen Mittelwert aus den genannten drei Faktoren - Intensität der Gesetzgebung, Gewaltenteilung und Unabhängigkeit der Presse - und bildet ihn auf einer Skala von 1 - 10 ab. ,10' ist ein rein totalitäres Regime und ,1' bezeichnet ein vollkommen freiheitliches Land.

Die jährlichen Veränderungen des Index sind in der Regel sehr gering. Mit Ausnahme von Umstürzen und erfolgreichen Putschen verändert sich ein Land nicht schlagartig. Es sind eine Reihe kleiner Schritte, die eine Gesellschaft zunächst fast unmerklich in eine der beiden Richtungen bewegt. Erst über einen längeren Zeitraum kann eine einschneidende Veränderung dokumentiert werden. Von daher dient die langfristige Entwicklung in der Vergangenheit als Grundlage für den Blick in die Zukunft. Dabei muss entsprechend der Philosophie der WGZF die Veränderung der Einflüsse berücksichtigt werden.

Seit Auflage des Index vor sieben Jahren steigt der staatliche Einfluss in allen wesentlichen Volkswirtschaften mit Ausnahme Nordeuropas und der Schweiz. Das heißt, dass fast überall auf der Welt der Freiheitsgrad abnimmt. Die Regierungen erhöhen die Regelungsdichte und sichern sich ihren Einfluss. Die Fremdbestimmung und die Einschränkungen der Bevölkerung nehmen zu. Die Maßnahmen, die im Zuge von SARS-COV2 umgesetzt wurden, flossen bisher nur zum geringen Teil in die aktuelle Berechnung ein, da sie meist nur auf kurze Dauer ausgelegt sind. Die skandinavischen Länder und die Schweiz gehören zu den wenigen Ausnahmen, die den Index über die letzten Jahre konstant gehalten haben.

Besonders bemerkenswert ist, dass in allen betroffenen Demokratien die Fremdbestimmung von der Bevölkerung selbst gewählt und mehrheitlich für gut geheißen werden. In den teilweise demokratisch legitimierten, autoritären Regimen

wurde der fortschreitende Prozess der Bevormundung und die Einschränkung der Meinungsfreiheit von der Mehrheit der Bevölkerung anfänglich mitgetragen. Auch in den Ländern, in denen große Teile der Bevölkerung gegen das politische Regime aufbegehrt haben, entstand der Ruf nach Demokratisierung aus der Unzufriedenheit in die bisherige Führung. Entgegen dem vordergründigen Schein war nicht der grundsätzliche Wunsch nach mehr Selbstbestimmung ausschlaggebend. In den meisten Fällen ging es um ein Regimewechsel und nicht um das unbedingte Verlangen nach Demokratisierung. Eine Ausnahme bilden beispielsweise die Unruhen in Hongkong.

Für die Zukunft ist die Historie des Index insofern bedeutsam, als nicht zu erwarten ist, dass staatliche Regulierungen umfangreich und nachhaltig zurückgenommen werden. Somit nimmt auch der Einfluss der Politik auf die Märkte bis auf weiteres weiter zu. Das wird sich in einer Volkswirtschaft erfahrungsgemäß erst ändern, wenn entweder eine starke, altruistische Persönlichkeit mit deutlich liberaler Überzeugung die Führung übernimmt, die Systeme der Regulierung an ihre Grenzen stoßen oder die Bevölkerung eine Selbstbestimmung als einzigen Ausweg aus einer in ihren Augen übertriebenen Bevormundung sieht. Alles drei ist derzeit in den meisten Ländern nicht zu erkennen, zumal in den meisten echten Demokratien die Beschränkung der Freiheitsgrade sehr schleichend vonstatten geht und noch sehr gering sind. Lobbyismus und politische Verbandsarbeit gepaart mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit gewinnen daher für Unternehmen und Märkte weiter an Bedeutung.

Weiter Informationen unter:

wgzf
wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft für Zukunftsforschung
Postfach 71 01 21
81451 München
info@wgzf.de
Fax +49-89-30 65 75 95